

BASis Info 6/2012

Neues von der Duisburger SPD-
Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

SPD

06.07.2012



Liebe Leserin, lieber Leser,

Duisburg hat endlich einen neuen Oberbürgermeister und die SPD-Duisburg kann auf den großen Wahlerfolg von Sören Link stolz sein. Mit Sören Link haben wir einen der jüngsten Oberbürgermeister im ganzen Bundesgebiet. Auch an dieser Stelle: Herzlichen Glückwunsch, viel Kraft und viel Erfolg für die verantwortungsvolle neue Aufgabe, lieber Sören.

Unsere Stadt steht vor schweren Zeiten, Sören Link steht vor gewaltigen Aufgaben. Ich kenne Sören lang genug, um zu wissen: Er hat wirklich das Zeug ein sehr guter Oberbürgermeister zu sein. Er kann zuhören, Widerspruch aushalten und Menschen für sich gewinnen. Das brauchen wir jetzt in Duisburg. Das erste Zeichen für seinen neuen Stil und seinen guten Plan hat er schon gesetzt: Der neue Duisburger Oberbürgermeister hat die Loveparade-Gedenkstätte endlich zur Chefsache erklärt und will mit den Betroffenen einen Kompromiss gestalten. Das ist ein so wichtiges Signal kurz vor der Gedenkveranstaltung am 2. Jahrestag.

Als Demokraten muss uns die erschreckend niedrige Wahlbeteiligung zu denken geben. Sören Link ist sie am wenigsten anzukreiden; er hat im Wahlkampf unermüdlichen Einsatz gezeigt. Wir haben es als Politik mit einer Vertrauenskrise zu tun und diese Vertrauenskrise ist natürlich nicht allein auf Duisburg beschränkt. Im nächsten Jahr finden die Bundestagswahlen statt. Ich will als SPD-Kandidatin für den Wahlkreis Duisburg I Vertrauen für die Politik zurückgewinnen.

Ich muss die Menschen sicher nicht mehr überzeugen, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung die schlechteste Regierung aller Zeiten ist. Allein in der Gesundheitspolitik reichen 3 Themen der vergangenen Wochen: Das Pflegereformchen von Mini-Bahr, die 8. GWB-Novelle (s. Seite 2) und die Korruption im Gesundheitswesen (unser SPD-Antrag „Korruption im Gesundheitswesen wirksam bekämpfen“ und weitere Infos unter www.baerbelbas.de). Die SPD hat viele Ideen für die Zeit nach der Bundestagswahl und macht schon jetzt gute Vorschläge. Um nur ein konkretes Beispiel zu

nennen: Am 14. Juni haben wir als erste Fraktion einen Entwurf für ein Entgeltgleichheitsgesetz in den Bundestag eingebracht, weil Frauen für die gleiche Arbeit im Schnitt immer noch 23% weniger Geld bekommen.

In den vergangenen Wochen stand in Berlin natürlich Europa im Vordergrund. Nach ausführlichen Beratungen in zahlreichen Fraktionssitzungen und nicht zuletzt beim Parteikonvent Mitte Juni haben wir am späten Freitagabend aber verantwortungsvolle Entscheidungen getroffen. ESM, Fiskalpakt und Wachstumsprogramm sind wichtige Bausteine zur Bewältigung der Krise, aber zur dauerhaften Lösung werden weitere Schritte notwendig sein (s. auch Seite 4).

Europa wird uns in der Sommerpause weiterbeschäftigen, an Sondersitzungen führt wohl kein Weg vorbei. Ihnen wünsche ich eine gute und hoffentlich auch erholsame Sommerzeit.

Herzliche Grüße

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'B.B.' with a stylized flourish.

Bärbel Bas



STICHWORT: Wettbewerbsrecht im Gesundheitsbereich

Die schwarz-gelbe Bundesregierung unterstellt die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) schrittweise den Vorschriften des Kartellrechts (8. GWB-Novelle). Als Berichterstatterin für die SPD-Bundestagsfraktion warne ich eindringlich vor diesem Schritt: Die Ausweitung des Wettbewerbsrechts gefährdet die flächendeckende medizinische Versorgung.

Das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) fordert schon lange das Kartellrecht für die GKV. Hinzu kommt, dass das Bundeskartellamt Zuständigkeiten an das europäische Kartellamt verliert und neue Aufgaben sucht. Bis 2009 spielten diese Begehrlichkeiten politisch keine Rolle. Unter der FDP-Führung der beiden Ministerien haben sich die Vorzeichen geändert: Das Bundesgesundheitsministerium hat selbst vorgeschlagen, auch die GKV unter die Aufsicht des Kartellamtes zu stellen. Damit würden zentrale Aufsichts- und Entscheidungskompetenzen über die GKV zum BMWi wandern.

Die SPD-Bundestagsfraktion lehnt dies aus grundsätzlichen, praktischen und verfassungsrechtlichen Erwägungen ab. Wir sehen für die GKV kein kartellrechtliches Schutzbedürfnis. Nach deutschem Recht sind Krankenkassen keine Unternehmen im kartellrechtlichen Sinne. Sie konkurrieren nicht nur, sondern sind vom Gesetz

auch zur Kooperation im Interesse der Versicherten aufgefordert. Setzt sich die Bundesregierung durch, gilt für die Krankenkassen ein Kooperationsgebot sowie auch ein Kooperationsverbot. Überwacht werden diese von 17 sozialrechtlichen Aufsichtsbehörden in Bund und Ländern und dem Bundeskartellamt. Bei einem Fachgespräch im Gesundheitsausschuss hieß es passend: "Bald haben wir mehr Aufsichten als Krankenkassen."

Für die GKV gilt mit dem Sozialgesetzbuch 5 ein sozialrechtlicher Handlungsrahmen. Das Bundeskartellamt selbst hat in einer früheren Stellungnahme den gesetzlichen Versorgungsauftrag der GKV als "systemfremd" und "problematisch" bezeichnet. Es ist zu befürchten, dass den Krankenkassen und Leistungserbringern die Möglichkeit genommen wird, im Interesse der Versicherten zusammen zu arbeiten.

Darüber hinaus wird mittelfristig die gesamte Selbstverwaltung des Gesundheitswesens durch die EU in Frage gestellt werden. Bisher galt das europäische Wettbewerbsrecht nicht, weil Krankenkassen als Körperschaften des Öffentlichen Rechts fungierten. Fällt diese Unterscheidung weg, sind der Gemeinsame Bundesausschuss, die Spitzenverbände der Krankenkassen aber auch der Kollektivvertrag nur

noch rechtswidrige Zusammenschlüsse. Der Patient oder der Arzt als Mensch kommen nicht mehr vor.

Daher treffen die Vorschläge der Bundesregierung auch auf breite Ablehnung bei Kassen und Verbänden. Der Bundesrat hat die Vorschläge der Bundesregierung sogar einstimmig abgelehnt. Malu Dreyer (SPD), Gesundheitsministerin aus Mainz, hat bereits angekündigt, den Vermittlungsausschuss anzurufen, wenn Bahr seine Pläne nicht ändert.

Die 8. GWB-Novelle ist Teil der Salami-taktik der Bundesregierung, die GKV zu privatisieren. Dass der Gesundheitsausschuss bei den Beratungen nicht federführend ist, dass die GKV bei der Anhörung im Wirtschaftsausschuss nicht vorkommen und die stille Eile mit der das Verfahren vorangetrieben wird, sind nur ein Vorgeschmack: Es droht eine schleichende Verschiebung der Aufsicht über die GKV und damit gesundheitspolitischer Kompetenzen in die Wirtschaftspolitik. Wenn wir unseren gesundheitspolitischen Gestaltungsanspruch nicht aufgeben wollen, müssen wir das verhindern. Wir brauchen einen klaren und besseren sozialrechtlichen Handlungsrahmen für den Wettbewerb im Gesundheitswesen. Dieser ist im Sozialrecht zu schaffen und durch eine sozialrechtliche Aufsicht zu überwachen.



Unser Stipendiatinnen zum 29. PPP 2012/2013 haben Hans Pflug und ich am 4. Juli verabschiedet. Meine Stipendiatin, die fast 15-jährige Hannah Niemann, und die 16-jährige Kira Louise Halfmeier als Stipendiatin von Hans Pflug werden für ein Jahr bei einer Gastfamilie in den USA leben und zur High School gehen. Heute trafen wir uns zum Erfahrungs- und Erwartungsaustausch mit den frisch zurückgekehrten PPP-Stipendiatinnen des Vorjahres: Lisa Hermes (Bärbel Bas) und Silvia Trost (Hans Pflug). Wir rufen auch noch einmal zum Mitmachen beim PPP 2013/2014 auf. Schüler und junge Berufstätige können sich bis 14. September 2012 beim Deutschen Bundestag bewerben, gleichzeitig werden Gasteltern für junge Amerikaner in Duisburg gesucht. Informationen und Bewerbungsunterlagen gibt's unter www.bundestag.de/ppp.



Christopher Street Day (CSD) in Duisburg ist am 28. Juni und ab 12 Uhr heißt es am Averdunkplatz: „Duisburg zeigt Flagge“. Leider bin ich

an diesem Tag nicht in Duisburg, unterstütze aber natürlich gern den CSD als wichtige Veranstaltung für Toleranz und gegen Ausgrenzung. Im Bundestag haben wir als SPD vergangene Woche für eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare gestimmt und meine Meinung habe ich auch unter www.colognepride.de/jaichwill deutlich gemacht.

Meine Sommertour durch den Wahlkreis startet am Dienstag im WundZentrum Duisburg. In den kommenden Wochen besuche ich verschiedene Einrichtungen und Unternehmen, auch BA-Sis-Tage stehen in der Sommerpause wieder an, z.B. in einer Huckinger Apotheke und bei einem Neudorfer Malereibetrieb. Berichte folgen auf www.baerbelbas.de.

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++24.07.: Loveparade-Gedenkveranstaltung am König-Heinrich-Platz+++

+++31.08.: Gespräch mit Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft+++

+++10.-14.09.: Sitzungswoche im Deutschen Bundestag+++

+++21.08.: Gespräch mit den IG Metall Senioren Rheinhausen in der Erlöserkirche+++

+++14.07.: Wishmob für ARTgerechte Haltung im Kantpark+++

+++Weitere Informationen finden Sie immer unter www.baerbelbas.de+++



Mein Abstimmungsverhalten zu ESM + Fiskalpakt

Ich habe bei den Namentlichen Abstimmungen im Deutschen Bundestag zum dauerhaften Rettungsschirm ESM und zum Fiskalpakt am vergangenen Freitag aus Verantwortung für Europa zugestimmt. Leicht ist mir das bei der Tragweite dieser Entscheidungen aber ganz sicher nicht gefallen.

Wir brauchen einen schlagkräftigen Rettungsschirm zur Stabilisierung des Euro sowie einen verbindlichen Plan zum Abbau der Staatsverschuldung und als SPD haben wir viele sinnvolle Maßnahmen durchgesetzt: Vor allem die

Finanztransaktionssteuer beteiligt endlich auch die Mitverursacher an den Kosten der Krise und bringt Geld für wichtige Wachstumsprogramme (zum Beispiel gegen Jugendarbeitslosigkeit). Gleichzeitig stärken wir die parlamentarische Kontrolle durch umfassende Beteiligung des Bundestages und haben über den Bundesrat wichtige Unterstützung für die Kommunen erkämpft.

Die Zukunft Europas steht auf dem Spiel und ein Scheitern des Euro würde uns alle teurer zu stehen kommen. Wir brauchen nicht weniger, son-

dern mehr Europa. Nur mit einer starken EU wird Deutschland in einer immer stärker globalisierten Welt auch in Zukunft wirtschaftlich und politisch eine Rolle spielen.

Mit einem Klick lesen Sie hier das [Positionspapier von Michael Roth \(europapolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion\)](#) und das [Positionspapier von Lothar Binding \(finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion\)](#), die in klaren und verständlichen Worten einen Überblick zu ESM und Fiskalpakt bieten.

Neues aus meinem Tagebuch

Das nennt man wohl Retourkutsche: Da bekommen CDU/CSU und FDP am 15. Juni nicht genug Abgeordnete für ihr Betreuungsgeld zusammen und revanchieren sich jetzt bei uns: Die Union will die Anhörung zum Betreuungsgeld unbedingt auf den Nachmittag des 14. September legen, weil wir an diesem Tag den Zukunftskongress der SPD-Bundestagsfraktion veranstalten (<http://www.spdfraktion.de/zukunftskongress>). Warten wir es mal ab, vielleicht glänzen die Kollegen auch im September wieder mit Abwesenheit.

Beim Thema Lärmschutz bleibe ich hartnäckig. Ich hatte mich für einen Ortstermin des Petitionsausschusses in

Neudorf eingesetzt und zur letzten Ausschusssitzung vor der Sommerpause ging alles ganz schnell: Erst votierte die CDU mit Nein, dann fiel dem Kollegen auf, das er zwei Akten vertauscht hatte und am Ende scheinen unsere Argumente doch überzeugt zu haben. Einen Termin gibt es zwar noch nicht, aber es sieht offenbar ganz gut aus...

Auf meine Pressemitteilung zur 8. GWB-Novelle (s. Seite 2) haben mich einige Bürgerinnen und Bürger angeschrieben. Ein Petent war offenbar so überrascht von meiner Antwort, dass er mich mit einem wirklich netten Kompliment in die Sommerpause schickte: „Vielen Dank für die schnellste Antwort, die ich je von einem MdB erhielt.“



Bis zum nächsten Mal, ich freu mich drauf, Bärbel Bas

Impressum
V.i.S.d.P.: Bärbel Bas
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. : 030 / 227 75607
Fax: 030 / 227 76607
baerbel.bas@bundestag.de
www.baerbelbas.de